

Sozialdemokraten informieren über die Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TISA

Löhne-Mennighüffen. Wenn es wichtig ist, dann lassen sich die Löhner SPD-Ortvereine gemeinsam informieren. Und das Interesse war groß, ging es doch um die Begriffe CETA, TTIP und TISA, die aufgrund ihrer Brisanz dringend mit Inhalt gefüllt werden mussten. Und das konnten Jörg Wietfeld, Richter a. D., und Friedel Böhse, DGB-Kreisverbandsvorsitzender, bestens. Sie machten die geplanten Freihandelsabkommen zwischen den USA bzw. Kanada und der EU transparent.



Was haben „Freihandelsabkommen“ mit Freiheit zu tun? Sozialdemokraten diskutieren von links Christian Antl, Friedel Böhse, Bernd Poggemöller, Wolfgang Böhm, Jörg Wietfeld, Egon Schewe

Im Mittelpunkt des Vortrags von Jörg Wietfeld standen vor allem die rechtlichen und wirtschaftlichen Aspekte der streng geheimen Abkommen **CETA** („Umfassendes Wirtschafts- und Handelsabkommen“ mit Kanada) und **TTIP** („Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft“ mit den USA). Die Ausführungen von Friedel Böhse bezogen sich im Wesentlichen auf die Auswirkungen der Abkommen auf die Verbraucher und Beschäftigten.

„Da die Verhandlungen weiterhin hinter verschlossenen Türen stattfinden“, so Wietfeld, „gelangen die Details nur langsam und stückchenweise an die Öffentlichkeit“. Die geplanten Freihandelsabkommen seien Lehrstücke für den

Versuch von Lobbyisten und Politikern, unumkehrbare Fakten zugunsten weniger Großkonzerne zu schaffen.

Zwar wird immer wieder betont, dass vor allem der Mittelstand vom Freihandel profitieren würde. Doch die treibenden Kräfte sind Lobbyisten, die Chefunterhändler der USA kommen direkt von der Wallstreet. Parlamente, Nichtregierungsorganisationen, Gewerkschaften sowie die Zivilbevölkerung sitzen nicht mit am Verhandlungstisch.

Der Mechanismus von Freihandelsabkommen lässt sich auf eine einfache Formel bringen: Größere Märkte gleich größere Unternehmen.

Das **TISA-Abkommen** (Trade in Services Agreement) steht für mehr Wettbewerb im Dienstleistungssektor. Kritiker befürchten jedoch, dass der Dienstleistungsgedanke künftig dem Profitstreben weichen müsse. Es gehe darum, schreibt das Bundeswirtschaftsministerium, den Marktzugang im Dienstleistungsbereich zu verbessern. Dies gilt auch für Dienstleistungen, die bisher weitgehend in öffentlicher Hand sind und betrifft nicht nur Finanzdienstleistungen, Telemedizin und den Gesundheitsbereich, sondern auch soziale Dienste, öffentliche Daseinsvorsorge, kommunale Leistungen (Trinkwasser, Schmutzwasser, Müllabfuhr usw.). Erste Ansätze der Rekommunalisierung, wie z. B. in unserer Region die Energieversorgung, stehen gleichermaßen zur Disposition. Eine einmal erfolgte Privatisierung dieser Dienstleistungen kann aufgrund der „**Ratchet-Klausel**“ im TISA-Abkommen nicht wieder rückgängig gemacht werden – auch nicht durch eindeutige parlamentarische Mehrheiten. Die Versammlung wurde da deutlich: „Das hat mit Demokratie wenig zu tun!“

In der Diskussion wurde klar die Sorge deutlich, Daseinsvorsorge in den Kommunen unfreiwillig an andere, an private Unternehmen abgeben zu müssen. Das könne doch niemand wollen.

Bereits ausgehandelt, aber noch nicht ratifiziert, ist das Freihandelsabkommen **CETA** zwischen der EU und Kanada. Es gilt gewissermaßen als Blaupause für das Abkommen mit den USA (**TTIP**). Zwischen den USA und Australien besteht bereits ein ähnliches Abkommen. Aktuell verlangt ein US-amerikanischer Zigarettenhersteller Schadenersatz in Milliardenhöhe, weil in Australien per Gesetz strengere Regeln für die Tabakwerbung gelten.

„Die Befürworter der Freihandelsabkommen vertreten die These, dass eine weitere Liberalisierung des Welthandels den Wohlstand steigern würde.“ Für Friedel Böhse stellt sich aber die Frage: „Wessen Wohlstand?“

„Ein weiterer Aspekt wird von den Anhängern derartiger Abkommen gerne betont,“ hebt Jörg Wietfeld hervor, „das ist der Abbau von Zollschränken.“ Doch diese Argumentation ist eher vordergründig: Für die USA betragen die Zölle durchschnittlich 3,5 %, für die EU 5,2 %.“

Im Zentrum des TTIP-Abkommens stünden vielmehr die sog. nichttariflichen Handelshemmnisse. Dazu zählen politisch gewollte Regulierungen hinsichtlich Produktqualität und Produktionsbedingungen. Zum Beispiel sei in der EU mit Hormonen behandeltes Fleisch verboten, in den USA nicht. „Allein hier könne wir sagen: Das wollen wir nicht!“, so Böhse.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: In der jetzigen Form der geplanten Abkommen sind die Verlierer die Beschäftigten, die Verbraucher sowie die Umwelt und der profitfreie öffentliche Sektor.

Was müsste geschehen?

Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung seien zum Beispiel einheitliche Mindeststandards, die von keinem Land unterschritten werden dürfen.

Das Fazit der Referenten war klar: Die vorliegenden Freihandelsabkommen entsprechen den Anforderungen und Erwartungen eines demokratischen Gemeinwesens an internationale Handelsvereinbarungen in keiner Weise und sind in dieser Fassung abzulehnen.

Doch Jörg Wietfeld machte noch einmal deutlich: „Wir verstehen jeden, der diese Abkommen komplett ablehnt. Wir sind aber keine Neinsager, wir wollen eine deutliche Veränderung, die unsere Rechte respektiert!“ Und das sei doch wohl nicht zu viel.

Abschließend fordern die Referenten die Anwesenden auf, das Herforder Bündnis gegen das Freihandelsabkommen zu unterstützen, das im Kreisgebiet in einer Reihe von Veranstaltungen die Bevölkerung über die Gefahren informieren und durch Unterschriften zur Mobilisierung aufrufen wird.

Bildzeile:

Was haben „Freihandelsabkommen“ mit Freiheit zu tun? Sozialdemokraten diskutieren von links Christian Antl, Friedel Böhse, Bernd Poggemöller, Wolfgang Böhm, Jörg Wietfeld, Egon Schewe